

Dringliche Anfrage

Fraktion der SPD

Hannover, den 12.09.2011

Rückschlag für die Integrationsarbeit in Niedersachsen? Warum streicht Frau Özkan entgegen den Wünschen der Migrantinnen und Migranten nach einer festen Anlaufstelle den Posten der Integrationsbeauftragten?

Nach dem Weggang der Integrationsbeauftragten des Landes, Frau Deihimi, hat Sozialministerin Özkan die Stelle gestrichen. Stattdessen soll ein 40-köpfiger Beirat unter dem Vorsitz von Frau Özkan eingerichtet werden. Migrantorganisationen sehen in dem Beirat keinen Ersatz für die Arbeit der Integrationsbeauftragten. „Uns fehlt eine direkte Ansprechpartnerin“, kritisiert laut Presseberichten beispielsweise Koralia Sekler, Vorsitzende des Niedersächsischen Integrationsrates (NIR). Ähnlich ist auch die Kritik der Arbeitsgemeinschaft Migranten und Flüchtlinge in Niedersachsen.

Laut Aussage der Ministerin sollen künftig im Beirat „für die Integration relevante Organisationen und Persönlichkeiten ehrenamtlich vertreten sein“, wobei unklar ist, wer nach welchen Kriterien diese Relevanz bemisst. Der Niedersächsische Integrationsrat kritisiert, dass er bei der Planung für das neue Gremium nicht einbezogen ist.

Darüber hinaus begründete Frau Özkan in einem Interview in der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* vom 23. August 2011 die Streichung des Postens der Integrationsbeauftragten damit, dass sie gerne vom Begriff der Beauftragten wegwolle. „Da schwingt mit, dass man es mit einer Gruppe zu tun hat, die irgendwie besonders ist und besonders bedient werden muss. Diese Vorstellung passt nicht in unsere Zeit.“ Falls dies die Position der Landesregierung ist, stehen damit auch alle weiteren Beauftragten des Landes zur Disposition.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Warum ignoriert die Landesregierung die Kritik der Migrantorganisationen an der Streichung des Postens der Integrationsbeauftragten?
2. Wer beruft nach welchen Kriterien die Mitglieder des geplanten Beirates?
3. In welchem Umfang gilt die Aussage von Frau Özkan auch für andere Beauftragte des Landes, beispielsweise den Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen, den Aussiedlerbeauftragten, den Mittelstandsbeauftragten sowie den geplanten Kinderschutzbeauftragten?

Johanne Modder
Parlamentarische Geschäftsführerin

(Ausgegeben am 12.09.2011)